



Planervertrag

Projektbezeichnung: Ausweichstandort Musik-Akademie ☒ Kopie Auftraggeber
Adresse: St. Alban-Vorstadt 93.95 ☒ Kopie Planer
Projektnummer (PKC PSP 1): ☐ Kopie
Projektleiter Bauherr: Anette Bösenberg
Vertrags-/ Bestellnummer: 23.06.2020 (Vertragsdatum)
BKP: 291

Total Vergütung gemäss Ziffer 4.1 / 4.2

CHF 0.00
(exkl. MWST)

CHF 0.00
(inkl. MWST)

abgeschlossen zwischen dem

Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt

handelnd durch

Hochbauamt

nachstehend bezeichnet mit

Auftraggeber

und

☒ der Unternehmung
Adresse
MWST Nr. / UID

☐ der Planergemeinschaft (einfache Gesellschaft), bestehend aus:

1. Federführende Unternehmung:

2.

Adresse / Zustelldomizil

MWST Nr. / UID

mit Generalplanerfunktion

☐ mit folgenden Subplanern:

1.

2.

nachstehend bezeichnet mit

Beauftragter

1. Ausgangslage und übergeordnete Zielsetzung

Die Liegenschaft St. Alban-Vorstadt 93, 95 ist im Besitz der Einwohnergemeinde der Stadt Basel. Für die Musik-Akademie Basel soll für die Bauzeit im Gebäude 5 / Leonhardsgraben 40 ein Ausweichstandort zur Verfügung gestellt werden, da die Sanierung unter laufendem Betrieb nicht möglich ist. Durch den Auszug des Letzi-Schulhauses an den neuen Standort im Lysbüchel steht an der St. Alban-Vorstadt 93, 95 eine kantonseigene Liegenschaft zur Errichtung der notwendigen Ausweichfläche für die Musik-Akademie zur Verfügung.

Die Musik-Akademie plant an einem weiteren Standort ein grosses Bauvorhaben, welches unter laufendem Betrieb nicht möglich ist. Der Standort St. Alban-Vorstadt 93, 95 soll auch für dieses Bauvorhaben als Ausweichstandort für die Musik-Akademie zur Verfügung stehen. Die Musik-Akademie mietet dafür die Liegenschaft für ca. 2 Jahre. Diese Zeit wird genutzt für die Vorbereitung und Planung der zukünftigen Umnutzung der Liegenschaft zu Wohnzwecken.

Grundlage für den Projektbeschrieb bildet die beiliegende Machbarkeitsstudie Ausweichstandort Musikakademie vom 15. Mai 2020, mit den dazugehörigen Grundriss- / Detailplänen, Fachplanerberichten.

Der Auftragnehmer hat die ihm übergebenen Grundlagen als Basis für die ihm übertragenen Planungsphasen bei Planungsstart sorgfältig fachlich zu prüfen, fehlende Grundlagen zu ergänzen, Fehler sind zu berichtigen. Er kann sich im späteren Verlauf nicht auf Fehler aus Vorleistungen anderer Planer berufen.

2. Projektbeschrieb

Die in der Folge beschriebenen Massnahmen umfassen bauliche Eingriffe zur Sicherstellung der Zwischennutzung durch die Musikakademie. Die Rückbauarbeiten, die Massnahmen zur Ertüchtigung der Tragstruktur und die Massnahmen zur Schallschutz- und Brandschutzertüchtigung sind Vorinvestitionen für das zukünftige Wohnbauprojekt.

Dach	- Keine Massnahmen
Fassade	- Keine Massnahmen
Fenster Sonnenschutz	- Ersatz Fenster und Türen EG strassenseitig (Einbruchschutz) - Keine Massnahmen
WC-Anlagen Leitungen	- Instandstellung der Oberflächen nach Umbau - Keine weiteren Massnahmen
Innenausbau	- Neue Trennwände zu Unterrichtsräumen inkl. Schallschutztüren - Einzug von Raumakustikdecken in Gipslochplatten - Malerarbeiten - Neue Bodenbeläge
HLK	- Heizung: zusätzliche Radiatoren in den Unterrichtsräumen hofseitig, EG- 2. OG an bestehendes Verteilnetz
Transportanlagen	- Keine Massnahmen
Elektroanlagen	- Demontage Elektroanlagen und Beleuchtung - Neuinstallation Kraft&Licht in den Unterrichtsräumen und Gängen ab Hauptverteilung im 1. UG - Neuinstallation Multimedia & Netzwerk gemäss Nutzerangaben - Neuinstallation technischer Brandschutz - Neuinstallation Beleuchtung
Allgemeinbereiche	- Instandstellung der Oberflächen nach Umbau
Rohbau, Konstruktion	- Rückbau bis Deckenbalkengerippe - Neuaufbau der Böden und Decken - Ersatz der primären Tragstruktur Liegenschaft Nr. 93 Teil West - Ertüchtigung der Decken in Bezug auf Statik (Erdbeben), Schallschutz

und Brandschutz

Umgebung - Instandstellung der Umgebung nach Umbau

Generell sind die aktuell geltenden gesetzlichen Auflagen zu erfüllen. Diese sind massgeblich im Bauentscheid geregelt oder müssen bei den entsprechenden Amtsstellen geprüft werden. Insbesondere Anforderungen an den Brandschutz und Schallschutz sind umzusetzen.

Flächen im 3. OG und im UG sind während dem Umbau vermietet bzw. genutzt. Diesem Umstand ist in der Vorbereitung / Planung (Mieterinformationen) und Realisierung (Organisation Bauablauf) Rechnung zu tragen.

In der Projektorganisation wird seitens Immobilien Basel-Stadt kein Mietbeauftragter vorgesehen. Die Mieteranliegen werden innerhalb der bestehenden Projektorganisation (Bauleitung, IBS) koordiniert.

3. Kosten

Für die Durchführung des Umbaus ist ein Kredit von **Total 6'300'000.- CHF** einschliesslich aller Leistungen wie Honorare, Gebühren, Mehrwertsteuer und Reserven vorgesehen. Der genehmigte Kredit gilt als Kreditrahmen, welcher grundsätzlich nicht überschritten werden darf.

1.2 Leistungsumfang des Beauftragten innerhalb des Projektes

Der Auftraggeber überträgt dem Beauftragten gemäss diesem Vertrag und seinen Bestandteilen folgende Leistungen:

- ☒ Leistungen Architekt mit Gesamtleitung (SIA 102, zur Gesamtleitung vgl. SIA 102 Art. 3.4)
- ☒ Leistungen Bauingenieure (SIA 103, Fachplaner)
- ☐ Leistungen Landschaftsarchitekt (SIA 105)
- ☒ Leistungen Elektroingenieur (SIA 108)
- ☐ Leistungen Heizung-, Lüftung-, Klimaingenieure (SIA 108)
- ☐ Leistungen Sanitäringenieur (SIA 108)
- ☐ Leistungen Fachkoordination Gebäudetechnik (vgl. SIA 108 Art. 3.7)
- ☐ Leistungen Gebäudeautomation (vgl. SIA 108 Art. 8)

☒ Leistungen Spezialisten:

Brandschutzplaner QSSI
Bauphysik, Schallschutz

Der Umfang der Leistungen des Beauftragten umfasst dabei:

- alle Grundleistungen gemäss der Ordnungen SIA102, 103, 105, 108,
- Präzisierungen und Ergänzungen zu Grundleistungen sowie besondere Leistungen gemäss Leistungstabelle (Beilage 1 des vorliegenden Vertrags).

Es gilt die Fassung 2014 der angegebenen Ordnungen resp. Normen.

2 Vertragsbestandteile und Rangfolge bei Widersprüchen

2.1 Liste der Vertragsbestandteile

Integrierte Bestandteile des Vertrages sind entsprechend ihrer Bedeutung in nachstehender Rangfolge:

Die vorliegende Vertragsurkunde.

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

Weitere Vertragsbestandteile (VB):

- | | | |
|------|---|-------------|
| VB 1 | Leistungstabelle | (Beilage 1) |
| VB 2 | Projektpflichtenheft | (Beilage 2) |
| VB 3 | Beilage 2: Bestimmungen des Auftraggebers über den Datenaustausch | (Beilage 3) |

2.2 Rangfolge bei Widersprüchen

Soweit zwischen den hiervor aufgeführten Vertragsbestandteilen ein Widerspruch besteht, ist die vorgenannte Rangfolge für den Vorrang massgeblich. Besteht ein Vertragsbestandteil aus mehreren Dokumenten, geht bei Widersprüchen das zeitlich jüngere Dokument dem älteren vor.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Beauftragten sowie seiner Subunternehmer und Lieferanten gelten nur dann, wenn sie in Ziffer 10 (Besondere Vereinbarungen) aufgeführt sind.

3 Leistungen des Beauftragten

3.1 Leistungsvereinbarung zu Teilphasen

Der Beauftragte verpflichtet sich in Kenntnis des diesem Vertrag zugrundeliegenden Projektes (vgl. Ziffer 1.1 und 1.2 hiervor) zur Erbringung sämtlicher in dieser Vertragsurkunde und den weiteren Bestandteilen umschriebenen Leistungen (Grundleistungen und besonders vereinbarte Leistungen).

3.2 Übertragene Teilphasen

Der vorliegende Vertrag umfasst die nachstehenden Teilphasen gemäss Art. 4 Ordnung SIA 102/2014 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung»:

	Art. 4 Ordnung SIA 102/2014 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung»
<input type="checkbox"/>	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
<input type="checkbox"/>	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	22 Auswahlverfahren
<input type="checkbox"/>	31 Vorprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	32 Bauprojekt
<input type="checkbox"/>	33 Bewilligungsverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
<input checked="" type="checkbox"/>	51 Ausführungsprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	52 Ausführung
<input checked="" type="checkbox"/>	53 Inbetriebnahme, Abschluss

freigegeben wird mit Unterzeichnung der vorliegenden Vertragsurkunde jedoch nur:

	Art. 4 Ordnung SIA 102/2014 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung»
<input type="checkbox"/>	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
<input type="checkbox"/>	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	22 Auswahlverfahren
<input type="checkbox"/>	31 Vorprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	32 Bauprojekt
<input type="checkbox"/>	33 Bewilligungsverfahren
<input type="checkbox"/>	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
<input type="checkbox"/>	51 Ausführungsprojekt
<input type="checkbox"/>	52 Ausführung
<input type="checkbox"/>	53 Inbetriebnahme, Abschluss

.....

Weitere Teilphasen werden nach Abschluss der einzelnen Phasen freigegeben. Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Teilphasen nicht ausführen zu lassen. Betreffend Entschädigung gilt Art. 18 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

3.3 Genauigkeit der Kosteninformationen des Beauftragten

Der Beauftragte hält bei seinen Kosteninformationen folgende Genauigkeiten ein:

Kostenschätzung (ohne Reserven) +/-15%

Kostenvoranschlag (ohne Reserven) +/-10%

3.4 Gesamtleitung

Der Beauftragte übernimmt die Gesamtleitung für phasenübergreifende Leistungen gemäss Art. 3.4 SIA Ordnung 102 / 103 / 105 / 108.

4 Vergütung

4.1 Vergütung mit Festpreisen

☒ Gemäss detailliertem Angebot des Beauftragten vom

☐

Offerierte Vergütung brutto mit Festpreisen inkl. Nebenkosten	CHF
.....	CHF	0.00
.....	CHF	0.00
.....	CHF	0.00
./.. 0.00%	CHF	0.00
Zwischentotal	CHF	0.00
Nebenkosten 5.00%	CHF	0.00
Nebenkosten	CHF
./.. 0.00%	CHF	0.00
Vereinbarte Vergütung netto (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00
MWST zum Satz von 7.70%	CHF	0.00
Total Vergütung inkl. MWST (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00

Pauschalpreis (nicht teuerungsberechtigt)

.....

4.2 Vergütung nach erbrachtem Zeitaufwand

☐ Gemäss detailliertem Angebot des Beauftragten vom , bereinigt gemäss Protokoll vom

☐

☐ Gemäss folgenden Stundenansätzen exkl. MWST:

Kategorie A, Chefarchitekt / -ingenieur	CHF
Kategorie B, Leitender Architekt /Ingenieur, Chefbauleiter	CHF
Kategorie C, Architekt / Ingenieur / Bauleiter	CHF
Kategorie D, Bautechniker	CHF
Kategorie E, Zeichner / Hilfsbauleiter	CHF
Kategorie F, Hilfspersonal	CHF
.....	CHF

Vereinbarte Vergütung CHF

Als Kostendach

.....

☐ Gemäss folgendem gemitteltem Stundenansatz exkl. MWST,
der für alle seitens des Beauftragten eingesetzten Mitarbeiter gilt:

CHF

Vereinbarte Vergütung CHF

Als Kostendach

.....

Offerierte Vergütung brutto nach Zeitaufwand exkl. Nebenkosten	CHF	0.00
./.. 0.00%	CHF	0.00
Zwischentotal	CHF	0.00
./.. 0.00%	CHF	0.00
Nebenkosten 0.00%	CHF	0.00
Nebenkosten	CHF

./.. 0.00%	CHF	0.00
Vereinbarte Vergütung netto (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00
MWST zum Satz von 7.70%	CHF	0.00
Total Vergütung inkl. MWST (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00

.....

4.3 Nebenkosten

Dem Beauftragten werden folgende Nebenkosten vergütet:

- Erwerb von Plan- und weiteren Unterlagen,
- Kosten für die Dokumentation aller Projektphasen, insbesondere die Dokumentation des Vorprojekts, des Bauprojekts und des realisierten Bauwerks (in mehrfacher Ausführung),
- alle erforderlichen Unterlagen für das Bewilligungsverfahren,
- alle erforderlichen Ausschreibungs- und Ausführungsunterlagen für Dritte und Unternehmungen,
- Reisespesen (ohne Reisezeit, diese wird nicht vergütet),
- Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung (falls erforderlich)
- Kosten für den Betrieb eines elektronischen Projektraums (falls erforderlich)
- Kosten für Miete, Einrichtung und Betrieb eines Baustellenbüros (falls erforderlich),
- Gebühren und spezielle Versicherungen (falls erforderlich).

Diese Nebenkosten werden wie folgt vergütet:

- ☒ Pauschal gemäss Ziffer 4.1 respektive 4.2 des vorliegenden Vertrags.
- ☐ Nach effektivem Aufwand, mit Kostendach

Dabei sind die Aufwendungen detailliert nachzuweisen. Reprografiearbeiten sind von der aktuell durch das Hochbauamt beauftragten Reprografieunternehmung durchführen zu lassen und werden gemäss der für das BVD BS geltenden Tarifliste betreffend Reprografiearbeiten vom 15. August 2013 verrechnet. Für Reprografiearbeiten, welche die Planer selbst durchführen, gelten ebenfalls die dort aufgeführten Nettopreise.

4.4 Preisänderungen infolge Teuerung

- ☐ Preisänderungen infolge Teuerung werden gemäss der zur Zeit des Vertragsabschlusses aktuellen Fassung der Norm SIA 126 «Preisänderungen infolge Teuerung bei Planerleistungen» berechnet.
- ☐ Die Preisänderungen infolge Teuerung werden wie folgt vorgenommen:
-
- ☒ Es erfolgen keine Preisänderungen infolge Teuerung.

4.5 Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen

4.5.1 Beschrieb nicht abschliessend definierter Leistungen:

- In diesem Vertrag nicht vereinbarte Leistungen ...
- Im vertraglich vereinbarten Leistungsumfang nicht enthaltene oder optionale Leistungen ...

4.5.2 Vergütungsregelung:

Vergütet werden nur zusätzliche oder optionale Leistungen, die vom Auftraggeber schriftlich bestellt wurden. Es gelten die Konditionen gemäss Ziff. 4.1 resp. 4.2 dieses Vertrags.

5 Finanzielle Modalitäten

5.1 Zahlungsmodalitäten

Die Vergütung wird gemäss folgenden Modalitäten ausbezahlt:

- ☒ Der Beauftragte hat Anrecht auf Abschlagszahlungen im Umfang von 90% der erbrachten Leistungen.
☐ Gemäss Zahlungsplan vom (Beilage XXX).

.....

5.2 Rechnungsstellung und Bezahlung

Die Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung unter Angabe der Projekt-, Kredit- und Vertragsnummer gemäss Seite 1 dieses Vertrages und der MWST Nr. des Beauftragten und des Mehrwertsteuerbetrages sowie der Nebenkosten, welche beide separat auszuweisen sind, an die nachfolgende Adresse einzureichen:

Immobilien Basel Stadt
Liegenschaften FV
p. Adr. S&A H
Anette Bösenberg
Münsterplatz 11
Postfach
4001 Basel

Die Rechnungen haben sich detailliert und in Arbeitsrapporten festgehalten sowie einseh- und nachprüfbar zu den nach diesem Vertrag geschuldeten und erbrachten Leistungen zu äussern. Die Mehrwertsteuer und die Nebenkosten sind separat auszuweisen. Diesen Anforderungen nicht genügende Rechnungen werden an den Beauftragten zur Korrektur und allenfalls Ergänzung der Dokumentation zurückgewiesen. Die beanstandeten Teile der Rechnung werden bis zur Nachreichung eines ordnungsgemässen Zahlungsbegehrens nicht fällig.

Akontos können nur berücksichtigt werden, wenn der Betrag inkl. MWST durch 1'000 teilbar ist und mindestens CHF 10'000.00 beträgt.

5.3 Zahlungsfristen

Der Auftraggeber leistet fällige Zahlungen
innerhalb von 30 Tagen.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Schlussabrechnung gemäss Ziffer 9.5 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

5.4 Zahlungsort

Der Auftraggeber überweist fällige Zahlungen an

6 Fristen und Termine

6.1 Für die Planungs- und Projektierungsphase (SIA-Teilphasen 31-41)

Frist / Termin: Tätigkeit:

– Oktober 2020- Dezember 2020

Erstellung Bauprojekt, Ausführungsplanung, Ausschreibung

6.2 Für die Realisierungsphase (SIA-Teilphasen 51-53)

Es gilt das zu vereinbarende Planlieferungsprogramm.

Frist / Termin: Tätigkeit:

–

–

7 Ansprechstellen

Für sämtliche Zwecke des vorliegenden Vertrages, einschliesslich Vertragsänderungen, der Übermittlung und Zustellung von Mitteilungen, Anfragen und dergleichen, lautet die Ansprechstelle:

Auftraggeber

Bau- und Verkehrsdepartement Basel Stadt

S&A H

Anette Bösenberg

Münsterplatz 11

4001 Basel

E-Mail:
Anette.boesenberg@bs.ch

Fax:

Telefon:
.061 267 94 07

Beauftragter

E-Mail:

Fax:

Telefon:

Ändern eine Ansprechstelle oder deren Kontaktdetails, erfolgt umgehend eine schriftliche Mitteilung an die andere Partei.

8 Versicherungen

Der Beauftragte bzw. die Planergemeinschaft (einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff OR) erklärt, für die Dauer des Auftrages folgende Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen zu haben, die Versicherungsdeckung während der Dauer des Auftrages aufrechtzuerhalten und die entsprechenden, gültigen Versicherungsnachweise dem Auftraggeber auf Verlangen zu liefern.

8.1 Grundversicherung

☐ Personen- und Sachschäden CHF pro Ereignis bzw. Einmalgarantie
(mindestens CHF 10 Mio.)

8.2 Zusatzversicherungen

☐ Bauten- und Anlagenschäden CHF pro Ereignis bzw. Einmalgarantie
(mindestens CHF 5 Mio.)

☐ Reine Vermögensschäden CHF pro Ereignis bzw. Einmalgarantie
(mindestens CHF 0.5 Mio.)

☐ CHF pro Ereignis bzw. Einmalgarantie
(mindestens CHF x Mio.)

☐ Der Beauftragte erklärt, folgende projektspezifischen Risiken zusätzlich versichert zu haben:

–

Versicherungsgesellschaft:

Policen-Nr.:

.....

.....

9 Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung

Der Beauftragte verpflichtet sich, für Leistungen in der Schweiz die am Ort der Leistung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuhalten.

Er erklärt, gesetzliche Sozialabgaben und Versicherungsbeiträge sowie die übrigen Beiträge gemäss allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen geleistet zu haben und für die Dauer des Vertrages weiter zu leisten.

Des Weiteren verpflichtet sich der Beauftragte, für Leistungen in der Schweiz die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit einzuhalten.

Zieht der Beauftragte zur Vertragserfüllung Dritte bei, hat er diese schriftlich zu verpflichten, die vorgenannten Grundsätze ebenfalls einzuhalten.

Bei Verletzung der Pflichten gemäss dieser Vertragsziffer schuldet der Beauftragte dem Auftraggeber pro Verstoß eine Konventionalstrafe in der Höhe von 10% der Vergütung gemäss Ziffer 4.1 / 4.2 des vorliegenden Vertrags exkl. MWST, mindestens aber CHF 3'000, höchstens jedoch CHF 100'000.

10 Besondere Vereinbarungen

10.1 Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen

In Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für Planerleistungen KBOB, Ausgabe 2017, wird Folgendes festgelegt:

- a) Art. 5 AVB wird wie folgt ergänzt: Sämtliche vom Beauftragten initiierten Behördenkontakte sind vorgängig mit der Ansprechstelle des Auftraggebers abzusprechen.
- b) Art. 5.1 AVB(zweiter Absatz), wird gestrichen und durch folgende Bestimmung ersetzt: Der Beauftragte ist jedoch befugt, Regiearbeiten (einmalige und in sich abgeschlossene Leistungen, ev. Lieferungen) im Rahmen des Kostenvoranschlages bis zu einer Summe von CHF 3'000.- im Einzelfall selbständig zu vergeben. Die Ansprechstelle des Auftraggebers ist innert Wochenfrist schriftlich darüber in Kenntnis zu setzen, unter Verwendung des Regieformulars (Vademecum Hochbauamt Nr. 4_1801).
- c) Art. 9.5. AVB wird wie folgt ergänzt: Die Forderung des Beauftragten, die sich aus der Differenz zwischen den Abschlagszahlungen und dem Wert der erbrachten Leistungen ergibt (10% des Gesamthonorars), wird wie folgt vergütet: Ein Anteil von 7% des Gesamthonorars wird in jedem Fall erst nach der Behebung aller anlässlich der Abnahmen festgestellten Mängel und nach der Übergabe der vollständigen Bauwerksdokumentation fällig. Für die restlichen 3% des Gesamthonorars gilt Art. 9.5 AVB. Diese Regelung besteht unabhängig von einer allfällig vorhandenen Erfüllungsgarantie.

10.2 Weitere besondere Vereinbarungen

Ferner treffen die Parteien folgende besondere Vereinbarungen:

a) Rechnungsfristen:

Der Beauftragte ist dafür verantwortlich, dass Rechnungen von Unternehmern innerhalb der nachfolgend aufgeführten Fristen geprüft und an die Bauherrschaft weitergeleitet werden.

1. Bei vereinbarten Zahlungsplänen, bei Abschlagszahlungen nach geschätzter Leistungserbringung, bei Abschlagszahlungen nach effektiv erbrachter Leistung bei Einheitspreisverträgen, sowie bei Regierechnungen und Abrechnungen für Preisänderungen beträgt die Prüf- und Weiterleitungsfrist für ordnungsgemäss abgefasste Rechnungen maximal 15 Tage nach Eingang beim Beauftragten des Bauherrn.
2. Bei Schlussrechnungen beträgt die Prüf- und Weiterleitungsfrist für ordnungsgemäss abgefasste Rechnungen maximal 30 Tage nach Eingang beim Beauftragten des Bauherrn.

Hält der Beauftragte diese Prüf-/Weiterleitungsfristen nicht ein, behält sich der Bauherr vor, vom Unternehmer verrechnete Verzugszinsen dem Beauftragten in Rechnung zu stellen oder mit seinen Honorarforderungen zu verrechnen.

b) Arbeitssicherheit:

Bei der Erbringung seiner vertraglichen Leistungen gewährleistet der Beauftragte gemäss Art. 104 Norm SIA 118 (2013) die Sicherheit der am Bauwerk Beschäftigten, indem er als Arbeitgeber die einschlägigen Sicherheitsvorschriften (insbesondere VUV und BauAV) einhält und mit den Arbeitgebern anderer Betriebe, deren Arbeitnehmer auf der Baustelle tätig sind, die erforderlichen Absprachen trifft (VUV, Art. 9, Abs. 1). Der Beauftragte unterstützt die Unternehmer bei den notwendigen Schutzmassnahmen der Unfallverhütung, indem er diese auf Sicherheitsrisiken und Verstösse gegen Sicherheitsregeln hinweist, sofern er solche bei der Erbringung seiner vertraglichen Leistungen entdeckt hat.

c) Bauökologie und Energieeffizienz:

Die Planung ist darauf auszurichten, dass die Bauten ressourcenschonend und schadstoffarm erstellt und betrieben werden können.

Der Beauftragte erbringt alle Leistungen gemäss diesem Vertrag unter Berücksichtigung der aktuellen Empfehlungen und Vorgaben in den Eco-BKP-Merkblättern des Vereins eco-bau (www.eco-bau.ch). Bei der Ausschreibung von Bauleistungen nach NPK verwendet der Beauftragte Eco-Devis und übernimmt die als ökologisch interessant gekennzeichneten Positionen in die Leistungsverzeichnisse.

In der Realisierung überprüft er die Übereinstimmung der verwendeten Produkte mit den bauökologischen Anforderungen und dokumentiert diese mittels Produktdatenblätter.

)

11 Inkrafttreten

Der vorliegende Vertrag tritt mit der Unterzeichnung durch die Parteien in Kraft.

12 Vertragsänderungen

Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Parteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages lückenhaft, rechtlich unwirksam oder aus anderen Gründen undurchführbar sein, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Falle eine Vereinbarung treffen, welche die betreffende Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich möglichst gleichwertige Bestimmung ersetzt.

13 Anwendbares Recht, Streitigkeiten und Gerichtsstand

Auf den vorliegenden Vertrag ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Die Bestimmungen des Wiener Kaufrechts (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, abgeschlossen in Wien am 11.04.1980) werden wegbedungen.

Entsteht zwischen den Parteien Streit, verpflichten sie sich, in direkten Gesprächen eine gütliche Einigung zu suchen. Allenfalls ziehen sie eine unabhängige und kompetente Person bei, deren Aufgabe es ist, zwischen den Parteien zu vermitteln und den Streit zu schlichten. Jede Partei kann der anderen Partei die Bereitschaft für ein Streitschlichtungsverfahren (direktes Gespräch oder Vermittlung mit Drittperson) schriftlich anzeigen. Mit Hilfe des Vermittlers legen die Parteien das geeignete Vorgehen und die einzuhaltenden Regeln fest.

Wird kein Streitschlichtungsverfahren vereinbart oder können sich die Parteien innert 60 Tagen nach Erhalt der Anzeige weder in der Sache noch über die Wahl des Vermittlers einigen oder scheitert die Vermittlung innert 90 Tagen nach Erhalt der Anzeige, steht jeder Partei der Rechtsweg an ein ordentliches Gericht offen.

Als Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem vorliegenden Vertrag vereinbaren die Parteien den Sitz des Auftraggebers.

14 Ausfertigung

Die vorliegende Vertragsurkunde wird zweifach ausgefertigt. Jede Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Der Auftraggeber:

Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt

Basel / Datum

Basel / Datum

Gerold Perler
Leiter Abteilung Wohnen

Anette Bösenberg
Projektmanagerin

—

Der Beauftragte bzw. die beauftragten Mitglieder der Planergemeinschaft:

.....

Ort / Datum

Firmenstempel



Allgemeine Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen

Ausgabe 2017

1 Sorgfalts- und Treuepflicht

- 1.1 Der Beauftragte wahrt die Interessen des Auftraggebers nach bestem Wissen und unter Beachtung des allgemein anerkannten Wissenstandes seines Fachgebietes.
- 1.2 Der Beauftragte vermeidet Kollisionen mit eigenen Interessen oder mit solchen Dritter.
Der Beauftragte informiert den Auftraggeber über mögliche Konfliktpunkte.
- 1.3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, weder Dritten Vorteile irgendwelcher Art direkt oder indirekt anzubieten, noch für sich oder andere direkt oder indirekt Geschenke entgegenzunehmen oder sich sonstige Vorteile zu verschaffen oder versprechen zu lassen.

2 Informations- und Abmahnungspflicht des Beauftragten

- 2.1 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und holt insbesondere alle erforderlichen Vorgaben ein. Er zeigt sofort alle Umstände schriftlich an, welche die vertragsgemässe Erfüllung gefährden könnten. Lassen sich auf Grund der Bearbeitung Veränderungen in noch zu bearbeitenden Phasen oder Teilphasen erkennen, so meldet dies der Beauftragte umgehend schriftlich dem Auftraggeber.
- 2.2 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber umgehend schriftlich über erkennbare Abweichungen vom vereinbarten Bearbeitungsaufwand sowie über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der vereinbarten Leistungen angezeigt erscheinen lassen (z.B. neue Konstruktionsart, neuartige Arbeitsabläufe oder neue Werkstoffe).
- 2.3 Der Beauftragte macht den Auftraggeber schriftlich auf nachteilige Folgen von dessen Weisungen, insbesondere hinsichtlich Termine, Qualität und Kosten aufmerksam und mahnt unzweckmässige Anordnungen und Begehren ab.

3 Planergemeinschaft

- 3.1 Änderungen im Bestand und in der Zusammensetzung der Planergemeinschaft bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Die im Innenverhältnis der Planergemeinschaft vereinbarten Regelungen über die Beitragsleistungen sowie den Anteil an Gewinn und Verlust wirken nicht gegenüber dem Auftraggeber.
- 3.2 Die Mitglieder der Planergemeinschaft erklären sich bereit, dass die einfache Gesellschaft im Falle des Ausscheidens eines einzelnen Gesellschafters und im Einverständnis mit dem Auftraggeber weitergeführt wird. Die Anwendung von Art. 536 OR (Konkurrenzverbot) wird wegbedungen.

4 Beizug von Dritten

- 4.1 Der Beizug von Dritten für die Vertragserfüllung bedarf der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 4.2 Die vom Beauftragten zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten gelten in jedem Falle als dessen Hilfspersonen im Sinne von Art. 101 OR. Die Zustimmung oder Kenntnisnahme des Auftraggebers zum bzw. vom Beizug von Dritten lässt die Haftung des Beauftragten aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag unberührt. Art. 399 OR wird ausdrücklich wegbedungen.
- 4.3 Bei Zahlungsschwierigkeiten des Beauftragten, bei schwerwiegenden Differenzen zwischen dem Beauftragten und Dritten oder bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe kann der Auftraggeber, nach vorheriger Anhörung der Beteiligten, den Betrag auf Kosten des Beauftragten hinterlegen, mit befreiender Wirkung gegenüber dem Beauftragten. In jedem Fall gibt der Auftraggeber dem Beauftragten davon schriftlich Kenntnis.

5 Inhalt und Umfang der Vertretungsbefugnisse des Beauftragten

- 5.1 Grundsätze
Der Beauftragte ist grundsätzlich nicht befugt, gegenüber Dritten für den Auftraggeber verbindlich rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben.
Der Beauftragte ist jedoch befugt, einmalige und in sich abgeschlossene Leistungen und Lieferungen im Rahmen des Kostenvoranschlages bis zu CHF 5'000.-- im Einzelfall (exkl. MWST) selbständig zu vergeben. Der Auftraggeber ist über die Bestellung umgehend zu orientieren.
Grössere Vergaben werden vom Auftraggeber ausgelöst.
Der Beauftragte ist verpflichtet, Mitteilungen und Erklärungen Dritter (Behörden, Unternehmer, Spezialisten usw.), welche das Auftragsziel tangieren (z.B. Mitteilungen zu den vereinbarten Qualitäts- und Risikoschwerpunkten, geschäftliche Schwierigkeiten der Vertragspartner, damit verbundene Begehren von Dritten, Preisänderungsbegehren, Abmahnungen), unverzüglich an den Auftraggeber weiterzuleiten.

5.2 Realisierungsphase

Enthalten die übertragenen Leistungen eine Bauleitungsaufgabe, hat der Beauftragte die Bauleitung im Sinne von Art. 33 ff. Norm SIA 118 (2013) im Rahmen des vom Auftraggeber mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrages wahrzunehmen. Davon ausgeschlossen sind die nachstehenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen, welche sich der Auftraggeber gegenüber dem Unternehmer in jedem Fall ausdrücklich vorbehalten hat:

- Vertragsänderungen, die keine Beststellungsänderung sind,
- Beststellungsänderungen, die in terminlicher, qualitativer sowie finanzieller Hinsicht wesentlich sind,
- Erklärungen über das Vorliegen von Mängeln im Zusammenhang mit Abnahmen und Teilabnahmen,
- abschliessende Anerkennung von Ausmassen, Regierapporten sowie Genehmigung der Schlussabrechnung nach Prüfung durch die Bauleitung,
- Einforderung und Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen und Konventionalstrafen.

Der Beauftragte übernimmt die vorliegende Vollmachtsregelung in die Werkverträge, sofern er diese vorbereitet.

6 Vertragsänderungen

- 6.1 Der Auftraggeber kann die Änderung von vereinbarten Leistungen verlangen.
- 6.2 Die Änderungen der Leistungen sowie die erforderlichen Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden in jedem Falle vor der Inangriffnahme weiterer Bearbeitungsschritte geklärt und schriftlich in einem Nachtrag zu diesem Vertrag vereinbart. Eine allfällige Anpassung des Honorars berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage zuzüglich Teuerung, sofern eine Teuerungsanpassung vertraglich vereinbart ist.
- 6.3 Der Auftraggeber entschädigt den Beauftragten für ausgewiesene und freigegebene Leistungen, die vor der Beststellungsänderung anfielen und durch diese nutzlos wurden.

7 Schlüsselpersonen

Vorbehältlich Kündigung, Krankheit und Tod können Schlüsselpersonen des Beauftragten, die für das vorliegende Projekt verantwortlich sind, nach Vertragsabschluss nur mit Zustimmung des Auftraggebers ersetzt werden. In jedem Fall muss eine Schlüsselperson durch eine gleich qualifizierte Person in ihrer Funktion ersetzt werden.

8 Weisungsrecht des Auftraggebers

- 8.1 Der Auftraggeber hat das Recht, dem Beauftragten im Rahmen der Vertragsabwicklung Weisungen zu erteilen. Beharrt der Auftraggeber trotz schriftlicher Abmahnung des Beauftragten schriftlich auf seiner Weisung, ist der Beauftragte für deren Folgen gegenüber dem Auftraggeber nicht verantwortlich.
- 8.2 Beharrt der Auftraggeber trotz Abmahnung darauf, Sicherheitsregeln nicht einzuhalten, kann der Beauftragte, um seine Haftung gegenüber Dritten auszuschliessen, sein Mandat niederlegen. Eine Schadenersatzpflicht gegenüber dem Auftraggeber wegen Kündigung zur Unzeit ist diesfalls ausgeschlossen.
- 8.3 Erteilt der Auftraggeber Dritten in Ausnahmefällen direkt Weisungen, so orientiert er den Beauftragten schriftlich ohne Verzug.

9 Vergütung

9.1 Honorar und Nebenkosten

Die Rechnungsstellung für die gesamten Leistungen (inkl. Nebenkosten) erfolgt in der Regel pro Teilphase. Für Teilphasen mit einer Bearbeitungszeit von mehr als 3 Monaten können monatliche Abschlagszahlungen mit den erforderlichen Leistungsausweisen und Belegen in Rechnung gestellt werden.

Für jede vereinbarte Teilphase (vgl. Ziffer 3 der Vertragsurkunde) ist spätestens zwei Monate nach Erbringung der letzten Leistung eine Übersicht zu erstellen, die durch ein prüffähiges Verzeichnis der erbrachten Leistungen zu dokumentieren ist und dem Auftraggeber einen Überblick über sämtliche vom Beauftragten gestellten Rechnungen sowie über die erhaltenen und die noch ausstehenden Zahlungen gibt.

9.2 Kostendach

Die Überschreitung eines vereinbarten Kostendaches geht zu Lasten des Beauftragten, es sei denn, der Auftraggeber hätte einer Beststellungsänderung schriftlich zugestimmt oder Mehrkosten aus andern Gründen zu vertreten.

9.3 Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen

Leistungen, die bei Vertragsabschluss noch nicht abschliessend definiert werden können, werden im Vertrag als solche bezeichnet. Insbesondere handelt es sich dabei um Leistungen, die in späteren Phasen oder Teilphasen zu erbringen sind.

Über Inhalt und Umfang dieser Leistungen sowie deren Vergütung und Berechnungsbasis einigen sich der Auftraggeber und der Beauftragte anhand der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage vor deren Ausführung schriftlich in einem Nachtrag zum Vertrag.

9.4 Honorarkürzungen und Rückbehalt

Bei Mehrkosten und/oder Kostenüberschreitungen, die durch den Beauftragten verschuldet sind, behält sich der Auftraggeber vor, entsprechende Abzüge am Honorar vorzunehmen. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben in jedem Fall vorbehalten.

Hat der Beauftragte das Entstehen grösserer Mängel mit oder alleine zu verantworten, kann der Auftraggeber einen Rückbehalt mindestens im Umfang der geschätzten Mängelbehebungskosten und des geschätzten Schadens machen. Ein Rückbehaltungsrecht besteht nicht, soweit der Beauftragte den geltend gemachten Rückbehalt sicherstellt. Als Sicherstellung gilt insbesondere eine schriftliche Bestätigung der Versicherung des Beauftragten, wonach für die geltend gemachten Schäden im Falle einer Haftung eine Versicherungsdeckung besteht.

9.5 Schlussabrechnung des Beauftragten

Die in der Teilphase «Leitung der Garantiearbeiten» vereinbarten Leistungen werden bei der Schlussabrechnung des Beauftragten ausgeklammert und können erst nach Durchführung der Schlussprüfung gemäss Art. 177 Norm SIA 118 (2013) bzw. nach Abschluss der Arbeiten aus der betreffenden Teilphase gesondert in Rechnung gestellt werden, sofern dafür nicht eine auf ersten Abruf einlösbare Erfüllungsgarantie geleistet wird.

10 Sicherheitsvorschriften

- 10.1 Der Beauftragte hält die massgebenden Sicherheitsvorschriften ein.
- 10.2 Der Auftraggeber behält sich in jedem Fall das Recht vor, bei groben oder wiederholten Pflichtverletzungen durch den Beauftragten die sofortige Einstellung der Arbeiten zu veranlassen.

11 Wahrung der Vertraulichkeit

- 11.1 Der Auftraggeber und der Beauftragte behandeln alle Tatsachen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Vertraulichkeitspflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses bestehen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten.
- 11.2 Die militärische Geheimhaltung richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften

12 Veröffentlichungen

- 12.1 Die Veröffentlichung von Bauplänen, Beschreibungen und fotografischen Aufnahmen von Plänen und Bauten des Objektes bedarf in jedem Fall der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Art. 27 URG (Panorama-recht) bleibt vorbehalten. Die Zustimmung darf nur bei Vorliegen schützenswerter Interessen verweigert werden.
- 12.2 Dem Beauftragten steht das Recht zu, in entsprechenden Veröffentlichungen des Auftraggebers oder Dritter als Urheber genannt zu werden.

13 Haftung des Beauftragten

- 13.1 Der Beauftragte haftet insbesondere bei Verletzung seiner Sorgfalts- und Treuepflicht, für die Nichtbeachtung oder Verletzung anerkannter Regeln seines Fachgebietes, bei mangelnder Koordination oder Beaufsichtigung, bei ungenügender Veranschlagung und Überwachung der Kosten inkl. Prüfung von Unternehmerrechnungen sowie bei Verlust von Mängelrechten gegenüber dem mit der Bauausführung beauftragten Unternehmer.
- 13.2 Ungenügende bzw. fehlerhafte Unterlagen werden vom Auftraggeber zur unentgeltlichen Überarbeitung zurückgewiesen.
- 13.3 Bei Kosteninformationen kann der Auftraggeber im Rahmen der Genauigkeitsangaben auf das angegebene Kostentotal vertrauen. Sofern für einzelne Kostenelemente Genauigkeitsangaben vereinbart werden sollen, sind diese in der Vertragsurkunde aufzunehmen.
- 13.4 Die Geschäftsherrenhaftung für beigezogene Dritte beschränkt sich auf die gehörige Instruktion und Überwachung des Dritten, sofern der Auftraggeber den Beizug des Dritten entgegen der Abmahnung des Beauftragten verlangt.
- 13.5 Der Auftraggeber ergreift rechtzeitig alle zumutbaren Massnahmen, die geeignet sind, der Entstehung oder Vergrösserung eines Schadens entgegenzuwirken. Erhebt er gegenüber einem oder mehreren Unternehmern oder Lieferanten ausnahmsweise direkt Mängelrügen, so teilt er dies dem Beauftragten unverzüglich schriftlich mit.
- 13.6 Wenn ein Schaden, für den der Beauftragte haftet, durch Dritte mitverursacht wurde, wahrt der Auftraggeber seine Rechte gegenüber sämtlichen Verursachern, so dass der haftbare Beauftragte nach Bezahlung des Schadens auf sämtliche Mitverursacher Rückgriff nehmen kann.

14 Arbeitsunterbruch

- 14.1 Durch den Auftraggeber angeordnete Arbeitsunterbrüche geben dem Beauftragten keinen Anspruch auf zusätzliche Entschädigung bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten.
- 14.2 Bedingt der Unterbruch bei Wiederaufnahme der Arbeiten eine Überarbeitung bestehender Grundlagen oder werden in anderer Weise Mehraufwendungen notwendig, sind diese zusätzlichen Leistungen und deren Vergütung vor deren Inangriffnahme zwischen den Parteien schriftlich zu vereinbaren.

- 14.3 Vorbehalten bleibt in jedem Fall die Geltendmachung eines dem Beauftragten durch den Unterbruch entstandenen Schadens, sofern der Beauftragte beweist, dass der Auftraggeber den Unterbruch durch eine Verletzung des Planervertrages verschuldet hat.

15 Rügefrist und Verjährung

- 15.1 Ansprüche aus dem Vertrag verjähren unter Vorbehalt von Ziffer 15.2 hiernach innert 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der schädigenden Handlung. Für Gutachten beginnt die Frist mit deren Ablieferung zu laufen.
- 15.2 Ansprüche aus Mängeln des unbeweglichen Werkes verjähren innert 5 Jahren. Die Frist beginnt mit der Abnahme des Werks bzw. des Werkteils zu laufen.
- 15.3 Mängel sind grundsätzlich innert 60 Tagen seit Entdeckung zu rügen. Plan- und Berechnungsmängel, die zu einem Mangel eines unbeweglichen Werks bzw. Werkteils führen, kann der Auftraggeber indessen während der ersten zwei Jahre nach dessen Abnahme jederzeit rügen. Nach Ablauf dieser Frist sind die Mängel innert 60 Tagen nach der Entdeckung zu rügen.

16 Urheberrecht

- 16.1 Das Urheberrecht verbleibt beim Beauftragten.
- 16.2 Dem Auftraggeber steht das unentgeltliche, unwiderrufliche und nicht ausschliessliche Recht zu, die Arbeitsergebnisse des Beauftragten zur Vollendung des Projektes für seine Bedürfnisse frei zu verwenden. Macht der Auftraggeber von diesem Recht ohne Einbezug des Beauftragten Gebrauch, steht diesem das Recht auf Bezahlung des in diesem Zeitpunkt geschuldeten Honorars zu, soweit vom Auftraggeber anerkannt. Soweit der Honoraranspruch streitig ist, hat der Auftraggeber den entsprechenden Betrag zu hinterlegen oder anderweitig sicherzustellen.
- 16.3 Das Abänderungsrecht des Auftraggebers bezüglich der Arbeitsergebnisse des Beauftragten gilt in begründeten Fällen bereits während der Planungsphase. Das Gleiche gilt für den Fall, dass der Vertrag vorzeitig aufgelöst wird, sofern der Auftraggeber nicht selbst den Grund für die Vertragsauflösung zu vertreten hat.

17 Übermittlung und Aufbewahrung von Dokumenten

- 17.1 Der Beauftragte bzw. jedes Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft bewahrt alle Dokumente und Unterlagen, welche einen Bezug zu diesem Vertrag aufweisen und nicht dem Auftraggeber als Originale übergeben worden sind (wie Unterlagen zu den Entscheidungsschritten und Dokumente des ausgeführten Bauwerkes, seien dies Pläne, Skizzen, Berechnungen, Werkverträge, Bestellungen, Korrespondenzen, Abrechnungsunterlagen, Datenträger usw.), während mindestens 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Vertragsbeendigung im Zustand der Erstellung kostenlos auf.
- 17.2 Auf Verlangen legt der Beauftragte jederzeit über seine Geschäftsführung Rechenschaft ab und gibt alle Unterlagen heraus, zu deren Erstellung er sich im Rahmen der vereinbarten Honorierung vertraglich verpflichtet hat.

18 Vorzeitige Beendigung des Vertrages

- 18.1 Art. 377 OR wird wegbedungen.
- 18.2 Die Parteien können aus wichtigen Gründen jederzeit entschädigungslos vom Vertrag zurücktreten. Als wichtiger Grund gilt insbesondere das Auswechseln von Schlüsselpersonen seitens des Beauftragten ohne Zustimmung des Auftraggebers bzw. ohne dass die in Ziffer 7 hiervor vorbehaltenen Tatbestände vorliegen.
- 18.3 Das Vertragsverhältnis kann im Übrigen von jeder Partei jederzeit widerrufen oder gekündigt werden. Die bis zur Vertragsauflösung vertragsgemäss erbrachten Leistungen werden dem Beauftragten ohne Honorarzuschlag vergütet.
- 18.4 Erfolgt die Vertragsauflösung zur Unzeit, so ist die zurücktretende Vertragspartei verpflichtet, der anderen den nachgewiesenen Schaden (in keinem Fall jedoch den entgangenen Gewinn) ohne jeden Zuschlag zu ersetzen.
- 18.5 Es liegt keine Auflösung zur Unzeit vor, wenn der Beauftragte dem Auftraggeber oder dieser dem Beauftragten begründeten Anlass zur Vertragsauflösung gegeben hat.
- 18.6 Die Vertragsauflösung durch den Auftraggeber gilt ferner nicht als unzeitig, wenn:
- Kreditgenehmigungen und Freigaben durch die Legislative, die Exekutive oder eine andere Behörde ausbleiben;
 - Bewilligungen ausbleiben;
 - der Auftraggeber einzelne Phasen nicht auslöst;
 - eine oder mehrere Schlüsselpersonen des Beauftragten, deren Mitarbeit für das Projekt wesentlich ist, in ihrer Funktion ohne Zustimmung des Auftraggebers oder ohne dass die in Ziffer 7 hiervor vorbehaltenen Tatbestände vorliegen, ersetzt werden.

19 Unterschriften

Die vorstehenden allgemeinen Bedingungen sind integrierender Bestandteil der Vertragsurkunde für Planerleistungen vom

Ort und Datum:

.....

Ort und Datum:

.....

Der Auftraggeber:

.....

Der Beauftragte:

.....

.....



Beilagen

Die nachfolgenden Beilagen gemäss Ziffer 2.1. werden dem Vertrag als separate Dokumente beigelegt:

Beilage 1: Leistungstabelle

Beilage 2: Bestimmungen des Auftraggebers über den Datenaustausch

Beilage 3: Angebot des Beauftragten

Beilage 4: Versicherungspolice des Beauftragten

Beilage 3: Bestimmungen des Auftraggebers über den Datenaustausch

- | | |
|--|-----------------------------|
| - CAD-Richtlinie Hochbauamt Basel-Stadt | Version 4.0 / Dezember 2016 |
| - Richtlinie Gebäude- und Raumbezeichnung Hochbauamt Basel-Stadt | Version 2.0 / Dezember 2016 |
| - CAFM-Richtlinie Immobilien Basel-Stadt | Version 2.0 / Januar 2017 |

Einverständniserklärung des Beauftragten

Der Auftragnehmer bestätigt mit seiner Unterschrift die CAD-Richtlinie Hochbauamt Basel-Stadt, die Richtlinie Gebäude- und Raumbezeichnung Hochbauamt Basel-Stadt und die CAFM-Richtlinie Immobilien Basel-Stadt (zu beziehen unter www.hochbauamt.bs.ch > CAD) zur Kenntnis genommen zu haben und erklärt sich mit deren Inhalt und Bestimmungen in vollem Umfang einverstanden.

Auftragnehmer: Rolli Boss Architekten GmbH

Projekt: Ausweichstandort Musikakademie
St. Johann-Vorstadt 93,95

Projektleiter Bauherr: Anette Bösenberg

Ort, Datum:

Der Auftragnehmer: (Stempel / Unterschrift)

Beilage 4: Honorartabelle

(Grundleistungen und besonders vereinbarte Leistungen)

Honorar

	Phasen	Teilphasen	Honorare
1	Strategische Planung	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien	CHF
2	Vorstudien	21 Definition des Vorhabens / Projektdefinition, Machbarkeitsstudie	CHF
		22 Auswahlverfahren	CHF
3	Projektierung	31 Vorprojekt	CHF
		32 Bauprojekt	CHF
		33 Bewilligungsverfahren / Auflageprojekt	CHF
4	Ausschreibung	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag	CHF
5	Realisierung	51 Ausführungsprojekt	CHF
		52 Ausführung	CHF
		53 Inbetriebnahme, Abschluss	CHF
6		61 Bewirtschaftung	CHF
Total Honorar BKP ...		Exkl. MWST, exkl. Nebenkosten	CHF
(zu übertragen in Ziffer 4.1 / 4.2 des Planervertrags)			
Gemittelter Stundensatz für Zusatzleistungen			CHF